



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
elfriede.mayer@ira-
ed.de

Erding, 21.01.2010
Az.:

6. Sitzung des Kreistages am 21.12.2009

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Attenhauser, Peter

Dr. Bauer, Thomas

ab 15.20 Uhr bis 17.00 Uhr

Baumgartner, Gabriele

Bauschmid, Friedrich

Becker, Manfred

Bendl, Roswitha

Biller, Josef

Borgo, Rudolf

Dieckmann, Ulla

Eichinger, Gertrud

Els, Georg

Empl, Korbinian

Fischer, Siegfried

Gotz, Maximilian

Gruber, Michael

Grundner, Heinz

Hagl, Monika

bis 17.10 Uhr

Haindl, Sebastian

bis 17.10 Uhr

Hartl, Anni

Heilmeyer, Georg

Hofstetter, Franz Josef



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Huber, Martin
Jobst, Karl Heinz
Knur, Herbert
Kruppa, Pamela
Dr. Kubo, Reinhard
Kuhn, Günther
Lackner, Helmut
Dr. Lehmer, Maximilian
Mayr, Elisabeth
Mehringer, Rainer
Mittermaier, Georg
Oberhofer, Michael
Parthier, Nadja
Patschky, Jürgen
Peis, Hans
Rübensaal, Siegfried
Scharf, Ulrike
Schlehuber, Anton
Schmidt, Horst
Schmidt, Markus
Schwimmer, Hans
Schwimmer, Jakob
Seeger, Hannelore
Sievers, Nicole
Slawny, Manfred
Steinberger, Friedrich
Sterr, Josef
Stieglmeier, Helga
Treffler, Stephan
Trinkberger, Helmut
Utz, Peter



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Vogelfänger, Cornelia

Vogl, Willi

Ways, Rudolf

Wegmaier, Alexander

Wiesmaier, Hans

Dr. Zehetmair, Johann

sowie als Vorsitzender:

Landrat Martin Bayerstorfer

von der Verwaltung:

Kohout Caroline

Fischer Heinz

Helfer Helmut (zu TOP 3 und 4)

Hopfensperger Maximilian (zu TOP 3 und 4)

Preuße Ruth (zu TOP 5 und 6)

Mayer Elfriede (Protokoll)

Centner Christina

Ferner nehmen teil:

Herr Vögele, Geschäftsführer der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft GmbH im Landkreis Erding zu TOP 1

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding mbH
Bericht
Vorlage: 2009/0579
2. Haushaltswesen
Feststellung und Entlastung für die Jahresabschlüsse 2007 und 2008
"DSD Landkreis Erding"
Vorlage: 2009/0523/2



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

3. Haushaltswesen
Betrieb gewerblicher Art "DSD Landkreis Erding"
Verrechnung der Rücklagen des Betriebes mit den Forderungen gegenüber dem Landkreis
Vorlage: 2009/0526/2
4. Haushaltswesen
Haushaltsberatung 2010
Vorlage: 2009/0599
5. Sozialwesen
Hilfeplan für Menschen mit Behinderung - 3. Fortschreibung 2009
Vorlage: 2009/0500
6. Sozialwesen
Anpassung der Richtlinien für die Förderung ambulanter Pflegedienste im Landkreis Erding an die neuen Gesetzesbezeichnungen
Vorlage: 2009/0569
7. Bekanntgaben und Anfragen
- 7.1 Ehrenamtliche Richter
- 7.2 Integrierte Leitstelle - Besichtigung
- 7.3 Bericht über e.on
- 7.4 Auskunftserteilung



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Kreistages am 21.12.2009

Vor Eintritt in die Tagesordnung überreicht **der Vorsitzende** in Vertretung von Staatsminister Joachim Herrmann die Kommunale Dankurkunde an den Kreistagskollegen und 2. Bürgermeister der Gemeinde Moosinning **Dr. Kubo**.

Im Weiteren ehrt er anlässlich der 20jährigen Mitgliedschaft im Kreistag Herrn **Fritz Bauschmid** und überreicht einen Zinnteller.

1. Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding mbH - Bericht Vorlage: 2009/0579

Der Vorsitzende begrüßt den Geschäftsführer der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft, Herrn Vögele und bittet ihn um den jährlichen Bericht.

Herr Vögele verweist auf den versandten Vorlagebericht und ergänzt, die Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding mbH hat einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Bavaria TreuAG für das Haushaltsjahr 2008 erhalten. Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung haben sich von 1.093.325,49 € 2007 auf 1.162.500,06 € 2008 erhöht. Es konnte ein Jahresüberschuss von ca. 40.000 € erzielt werden. Das Jahresergebnis ist gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken.

Kreisrat Kuhn fragt, wie viele Wohnungen von einer verminderten Sollmiete durch Leerstand betroffen waren und wie lange eine Wiedervermietung gedauert hat. Weiter möchte er wissen, warum 2007 529,82 € für Miet- und Räumungsklagen und 2008 12.155,73 € angefallen sind.

Herr Vögele antwortet, der Leerstand war 3,2 %. Die Wohnungen im Einzelnen zu benennen sei schwer. Es haben Klagen geführt werden müssen. Die Anwaltskosten verbleiben im Ergebnis bei der Gesellschaft.

Kreisrat Schmidt fragt, was Herr Vögele über die Weiterentwicklung der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft sagen kann, nachdem einige Gemeinden Anteile zurückgegeben haben.

Der Vorsitzende antwortet, die Gesellschaft habe drei Anteile zurückbekommen. Davon hat die Gemeinde Wörth einen Anteil übernommen. Die Beurkundung findet in den nächsten Tagen statt. Die Notarurkunde sei bereits vorbereitet worden.

Kreisrat Schmidt fragt, ob weitere Gemeinden noch Anteile übernehmen werden.

Der Vorsitzende sagt, bisher sei ihm nichts bekannt.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Der Vorsitzende bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

KT/0041-14

Der Bericht über die Geschäftstätigkeit der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding mbH wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 59 : 0 Stimmen.**

2. Haushaltswesen
Feststellung und Entlastung für die Jahresabschlüsse 2007 und 2008 "DSD Landkreis Erding"
Vorlage: 2009/0523/2

Der Vorsitzende verweist auf die versandte Vorlage.

Kreisrat Kuhn fragt, nachdem ein Gewinnvortrag von 1.045.369,26 € bleibt, inwieweit auch hier eine Rücklagenentnahme möglich sei.

Der Vorsitzende antwortet, zu diesem Tagesordnungspunkt sei das noch nicht möglich, weil dazu auch die vorbereitenden Beschlüsse nicht gefasst worden sind. Beim Tagesordnungspunkt 3 sei eine Rücklagenentnahme möglich. Der Betrieb gewerblicher Art wird entsprechend neu dargestellt werden. Eine Feststellung und Entlastung für die Jahre 2007 und 2008 kann aber erteilt werden.

Er bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

KT/0042-14

Die Jahresabschlüsse 2007 und 2008 „DSD-Landkreis Erding“ werden mit folgenden Abschlusszahlen festgestellt, ferner wird die Entlastung erteilt:

Jahr 2007	
Bilanzsumme	1.413.413,62 €
Jahresgewinn	71.931,00 €

Der Jahresgewinn ist auf die neue Rechnung vorzutragen.

Jahr 2008	
Bilanzsumme	1.453.005,00 €
Jahresgewinn	94.609,71 €

Der Jahresgewinn ist auf die neue Rechnung vorzutragen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 59 : 0 Stimmen.**



3. Haushaltswesen
Betrieb gewerblicher Art "DSD Landkreis Erding"
Verrechnung der Rücklagen des Betriebes mit den Forderungen gegenüber dem Landkreis
Vorlage: 2009/0526/2

Der Vorsitzende bittet Herrn Helfer um Erläuterung, nachdem Kreisrat Kuhn bei Tagesordnungspunkt 2 die Frage gestellt hat, ob auch die Rücklage von 1.045.369,26 € für 2007 und 2008 entnommen werden könnte, damit der Landkreis 2010 keine Kredite aufnehmen müsse.

Herr Helfer erklärt, eine Entnahme sei nicht möglich. Die Summe der Jahresabschlüsse 2007 und 2008 sei inkludiert. Die Rücklagenentnahme (TOP 3) errechnet sich aus dem Jahresabschluss und sei bei der Entnahme 2009 mit berücksichtigt.

Der Vorsitzende erklärt, DSD sei ein Eigenbetrieb. Es werden Forderungen mit Rücklagen verrechnet. In den kommenden Jahren kann sicher darüber beraten werden, wenn es eine entsprechende Ausweisung von Gewinnen gibt, diese auch zu entnehmen. Derzeit sei das nicht möglich.

Herr Helfer ergänzt, der Landkreis hat zwei verschiedene Buchungssysteme. Für das Finanzamt werde der jährliche Jahresabschluss gemacht und der Betrieb gewerblicher Art verrechnet. Durch diesen Rechnungsvortrag fließt kein Geldbetrag. Nachdem der Landkreis nach der Kameralistik bucht, sei die Rücklage von DSD aussagekräftig. Eine Entnahme sei heuer eingeplant. Letztlich habe der Landkreis aus der Rücklage DSD den Betrag vollständig entnommen. Der andere Bereich sei ein Rechenkonstrukt für das Finanzamt. Nachdem die Sachlage kompliziert sei, habe der Landkreis auch den Bayer. Prüfungsverband damit befasst, der die Vorgehensweise befürwortet.

Der Vorsitzende bietet an, Fragen an Herrn Eckl vom Kommunalen Prüfungsverband zu richten. Herr Eckl hat bei Gründung des Betriebs gewerblicher Art die Vorarbeit geleistet und kann fachkompetent Auskunft geben.

Kreisrätin Eichinger merkt an, für die Kapitalertragssteuer plus Solidaritätszuschlag müssen insgesamt 83.998 € dem Haushalt entnommen werden. Sie fragt, ob eine Rücklagenentnahme zu einem späteren Zeitpunkt sinnvoller gewesen wäre.

Der Vorsitzende sagt, es sei sinnvoll, die jährlich anfallende Steuer möglichst zeitnah zu zahlen.

Herr Helfer ergänzt, durch dieses rechnerische Konstrukt mit dem Gewinnvortrag sagt das Finanzamt, es stehen dem Landkreis Zinsen zu. Dieser Zinsbetrag wird berücksichtigt und muss versteuert werden. Mit der Rückführung und Verrechnung der Rücklagen rechnet der Landkreis für 2008 mit rd. 8.000 € bis 10.000 € weniger Steuern.

Nach kurzer Diskussion bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:



KT/0043-14

Die Rücklagen des Betriebes gewerblicher Art „Landkreis Erding DSD“ sind um 1.200.000 € zu vermindern. Dieser Ausschüttungsbetrag ist mit den Forderungen des Betriebes „Landkreis Erding DSD“ gegenüber dem Landkreis Erding zu verrechnen.

Die für die Entnahme aus dem Betrieb gewerblicher Art (= Gewinnausschüttung) notwendigen Landkreishaushaltsmittel für die im Jahr 2009 fällige Kapitalertragssteuer, zuzüglich Solidaritätszuschlag, von insgesamt 83.998 € werden überplanmäßig durch eine Rücklagenentnahme aus der Sonderrücklage DSD bereitgestellt. Außerdem werden die überplanmäßigen Ausgaben von 83.998 € im Verwaltungshaushalt (UA 7202) für die fällige Kapitalertragssteuer und den Solidaritätszuschlag genehmigt.

Büro des Landrats
BL

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 59 : 0 Stimmen.**

4. Haushaltswesen **Haushaltsberatung 2010** **Vorlage: 2009/0599**

Der Vorsitzende erklärt, „in drei Vorbesprechungen mit den Fraktionsvorsitzenden sei der Rahmen für das Haushaltsjahr 2010 sehr intensiv diskutiert worden.“

Im vorgelegten Haushaltsentwurf ist der Haushalt im Verwaltungsbereich von 102.378.000 € durch die zwischenzeitlichen Änderung auf 102.988.000 € angestiegen. Im Vermögenshaushalt ist das Haushaltsvolumen von 16.266.000 € auf 16.804.000 € gestiegen. Der Gesamthaushalt beträgt nach derzeitigem Stand 119.792.000 €.

Das Volumen des Verwaltungshaushalts steigt gegenüber dem Vorjahr um 4.443.000 €. Die vom Statistischen Landesamt veröffentlichte endgültige Umlagekraft für 2010 beträgt 118.144.942 €.

Anhand der Beispiele stellt er fest: Allein in den letzten 10 Jahren hat sich die Umlagekraft im Wirtschafts- und Lebensraum Erding um knapp 70 % erhöht, von damals 2000 69.094.000 € auf 118.144.942 €. Gleichzeitig hat sich in Oberbayern die Umlagekraft um 55 % erhöht, im Freistaat Bayern um 50 %. Dabei kann eindeutig festgestellt werden, wie prosperierend dieser Raum ist, wie er sich steuerlich positiv verbessert hat und die Städte, Märkte und Gemeinden die richtigen Entscheidungen getroffen und neue Gewerbegebiete ausgewiesen haben etc., und damit insgesamt einen positiven Beitrag für das Steueraufkommen geleistet haben. Davon partizipieren alle kommunalen Ebenen. Zum ersten die Städte, Märkte und Gemeinden, in dem sie vom unmittelbaren Steueraufkommen eine zusätzliche Finanzierungsquelle haben, um die zusätzlichen Aufgaben zu bewerkstelligen. Es hat sich viel getan.

Er erinnert an den Bereich der Betreuung von Kindern und Jugendlichen. Auch der Landkreis hat seine Zuständigkeit, die es gilt, durch zusätzliche Mittel zu bewerkstelligen. Nachdem er erst in den letzten Tagen die



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

neuesten Studien über die Perspektive der einzelnen Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland gesehen hat, wo angeblich der Landkreis Erding deutlich einbricht, sei festzustellen, dass sich die Betrachtung auf 2007 bezieht. Aus heutiger Sicht sei der Landkreis ganz vorne mit dabei. In Oberbayern bleibt die Umlagekraft nahezu identisch. Der Landkreis Erding hat eine Steigerung von 10,11 %, das zeigt, dass es Landkreise in Oberbayern geben muss, die ein Minus haben werden. Es zeigt sich ein deutliches Abheben von anderen Landkreisen und eine positive Beurteilung, was an Voraussetzungen dafür geschaffen worden ist.

Der Landkreis hat im Bereich der Kinder und Jugendlichen viel Geld investiert und liegt sicherlich mit an der Spitze beim Zuschussbedarf. Es geht dabei um Bereiche, die das Versagen der Eltern beinhaltet und dann die öffentliche Hand dafür zuständig ist. Die Erhöhung in dem Bereich ist deutlich. Der Zuschussbedarf des Landkreises in der Jugendhilfe steigt auf 10,5 Mio €. Eine Steigerung von 9,8 Mio € auf über 10,5 Mio € bedeutet einen sehr deutlichen Zuwachs. Auch im Bereich der Sozialhilfe leistet der Landkreis ohne Grundsicherung einen erheblichen Beitrag. Im Bereich der Grundsicherung beträgt der Zuschussbedarf 67.550 €. Im Bereich Hartz VI ist aufgrund der Revisionsklausel und Reduzierung der Beteiligungsquote des Bundes ein Zuschussbedarf von 552.585 € mehr einzuplanen. Im Bauunterhalt ergeben sich Mehrkosten von 763.660 €, die Krankenumlage steigt um 113.000 €, die Kosten für das Energiemanagement betragen 150.000 €. Die Bezirksumlage schlägt mit 3,79 Mio € deutlich zu Buche. Er möchte damit darstellen, dass diese Bereiche für die Daseinsvor- und -fürsorge für die Bürger des Landkreises sind.

Im ÖPNV sei eine Leistungsausweitung mit einem Minus von 61.030 € eingeplant. Der Landkreis war mutig und hat bereits Mitte der 90er Jahre alternative Bedienungsformen mit Rufbussystem eingeführt. In der Zwischenzeit sei der Bereich mit den Anruflinientaxis auf schwach belegten Linien fortgeführt worden. Damit habe die Attraktivität deutlich gesteigert werden können.

Auch bei den freiwilligen Leistungen hat der Landkreis viel erreicht. Selbstverständlich gehört es dazu, dass Aufgaben und Positionen überprüft werden, ob dafür der Landkreis noch zuständig ist. Er denkt dabei an die Behinderten bei der ambulanten Eingliederungshilfe. Die Aufgaben sind an den Bezirk übertragen worden und deswegen sei die Position im Haushalt nicht mehr aufgeführt.

Insgesamt stellt er zum Stellenplan fest, dass die Ausgaben von der Summe her bis auf die tariflichen Steigerungen nahezu identisch bleiben. Es ist eine große Herausforderung für die Verwaltung bei deutlich mehr Einwohner den Gesetzesvollzug zu bewerkstelligen. Die Zunahme der Einwohner war beträchtlich. Der Landkreis Erding hat auch hier im Verhältnis zu anderen Regionen eine außergewöhnliche Position. Der Landkreis steht mit an der Spitze und hat in den letzten Jahren eine durchschnittliche Bevölkerungsmehrung von ca. 1,5 % jährlich (1.000 bis 1.500 Einwohner).

Dadurch ergibt sich natürlich auch eine Vielzahl von Betreuungsleistungen. In der Vergangenheit seien viele junge Menschen in den Landkreis

zugezogen. Das bedeutet gleichzeitig sehr hohe Ausgaben bei der Betreuung und Bildung.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Im Bereich des Unterhalts und des Betriebs der Schulen, für die der Landkreis Erding Sachaufwandsträger ist, wendet der Landkreis, ohne Kosten für das Lehrpersonal deutlich über 5 Mio € auf. Richtig und gut angelegtes Geld, das weiter zur Verfügung gestellt werden soll, weil es für eine gute Ausbildung für die jungen Menschen wichtig ist. Kein Landkreis in der Umgebung hat so viel Geld in die Bildungseinrichtungen investiert wie der Landkreis Erding. Derzeit aktuell ist der Neubau der FOS/BOS. Sicherlich wird es auch nach dem Neubau FOS/BOS Investitionsbedarf geben. Der Landkreis wird nicht für alle Zeiten von Investitionen verschont bleiben.

Natürlich könnte es sich der Landkreis auch einfacher machen, in dem er sich mehr oder ausschließlich für die Ausgabenseite zuständig fühlt und nicht auch für die Einnahmenseite. Der Vorsitzende merkt an, ihm sei immer wieder gesagt worden, an ein paar Tausend Euro werde der Haushalt wohl nicht scheitern. Er denkt, es wäre falsch, wenn sich der Landkreis in Szene setzen würde, nur um bei der einen oder anderen Einrichtung zu punkten. Er denkt, es sollen die Aufgaben, die für richtig erachtet werden, unterstützt werden.

Er lädt alle ein, konstruktiv die Zukunft des Landkreises Erding mit zu gestalten.

Auch in den Bereichen, in denen die Mittel ein Stück weit reduziert worden sind, sei maßvoll reduziert worden.

Der vorgelegte Haushaltsplan ist eine deutliche Ausweitung bei der Kinder- und Jugendhilfe. Es erfolgt eine Neustrukturierung des Jugendamtes im nächsten Jahr. Das Ziel sei, noch effektiver, besser und günstiger helfen zu können.

Eine weitere personelle und finanzielle Ausweitung gibt es bei der Erziehungshilfe. Es wird neu im Haushalt die KoKi-Stelle geschaffen. Auch sei zusätzlich die Ganztagesintensivklasse in Wartenberg etabliert worden. Die Städte, Märkte und Gemeinden beteiligen sich dabei großzügig. Auch bei der sozialpädagogischen Familienhilfe gibt es eine deutliche Ausweitung, weil zusätzlich drei Mitarbeiterinnen im Bereich Erziehungshilfen eingesetzt und zusätzlich Leistungen in der sozialpädagogischen Familienhilfe eingekauft werden. Für Eltern mit Schreibabys sei eine Babyambulanz eingerichtet worden. Auch bei der Energieberatung seien entsprechende Haushaltsansätze gebildet worden. Eine zusätzliche Dienstleistung ist die Schuldnerberatung bei der Caritas. Dafür wird zusätzlich eine Halbtagsstelle am Landratsamt geschaffen, um den dargestellten Bedarf bewältigen zu können.

Es gibt Übungsleiterpauschalen beim Sport, die sich nahezu kein Landkreis mehr leistet, die aber eine Jugend- und Kinderbetreuungsleistung darstellen. Zudem gibt es 16 offene Ganztagsklassen an den Realschulen, Gymnasien und Sonderpädagogischen Förderzentren, für die 80.000 € eingeplant worden sind.



Der Vorsitzende merkt an, er hat versucht, darzustellen, wie der Landkreis mit einer Kreisumlage von 49,9 % auskommen möchte.

Inzwischen hat der Freistaat Bayern die Schlüsselzuweisungen auf einem sehr hohen Niveau nochmals erhöht. Der Landkreis Erding bekommt zusätzlich 423.000 €. Die Schlüsselzuweisungen im letzten Jahr waren deutlich weniger. Die Höhe hängt von der Steuerkraft der jeweiligen Kommunen ab. Entscheidend sei der Kopfbeitrag, der nochmals erhöht worden sei. Er bedankt sich dafür beim Abgeordneten des Bayer. Landtags, Jakob Schwimmer.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Dazu kommt, dass Straßenbaumaßnahmen (Ortsdurchfahrten) mit Kosten von rd. 1,1 Mio € in der Gemeinde Kirchberg vorgesehen waren. Die Gemeinde Kirchberg muss parallel dazu auch den Gehweg errichten und hat den Kämmerer informiert, dass das im kommenden Haushaltsjahr schwierig sei.

Deshalb schlägt er vor, entsprechend den Grundsätzen von Haushaltsplänen nach Wahrheit und Klarheit, die Maßnahme in der Gemeinde Kirchberg, Sanierung der ED 2 in Froschbach und Burgharting (Ortsdurchfahrten) zu verschieben. Damit gibt es für den Landkreis eine Entlastung von rd. 516.000 €. Dazu die erhöhte Schlüsselzuweisung von rd. 423.000 € gerechnet, ergibt eine Summe von rd. 939.000 €. Das bedeutet, dass die Kreisumlage auf 49,1 %-Punkte, 0,8 %-Punkte weniger, festgesetzt werden kann. Er bittet, diesem Vorschlag zuzustimmen“.

Kreisrat Schmidt merkt an, der Vorsitzende hat ein positives Bild geschildert, was den Landkreis auszeichnet. Er denkt, dass dieses Bild aber auch gefährdet ist, nicht zuletzt wegen der weltweit schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Auswirkungen sind bei weitem noch nicht vorhersehbar. Er glaubt, dass das Jahr 2010 noch manche böse Überraschung bringen wird. Er hofft, dass das nicht eintritt. Auf Bund- und Länderebene sind die Auswirkungen bereits deutlich geworden. Er glaubt auch, dass das sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz der schwarz-gelben Koalitionsregierung zu einem Desaster für die Kommunen werden kann, im Besonderen dann, wenn die Kommunen Steuerausfälle kompensieren müssen. Wenn dann noch 19 % Umsatzsteuer fällig werden, bedeutet das für die Bürger erhöhte Kosten. Es wird schwer werden, den Haushalt umzusetzen.

Der Vorsitzende hat darauf hingewiesen und die Staatsregierung dafür gelobt, dass die Schlüsselzuweisungen erhöht worden sind. Eine zusätzliche Erhöhung der Schlüsselzuweisungen kann nicht immer eine nachträgliche Förderung sein. Das sollte generell geregelt werden. Er denkt, es wäre sinnvoller, wenn die Verbundquote bei den Schlüsselzuweisungen auf 15 % erhöht würde, wie es in anderen Bundesländern der Fall ist und nicht wie in Bayern bei ca. 12 % liegt. Auch die Erhöhung der Bezirksumlage geht zu Lasten der Landkreise und damit auch der Kommunen. Der Bezirkstag Oberbayern hat angemerkt, dass die Resolution einstimmig verfasst worden sei. Das heißt, wenn die Bezirke ihre Aufgaben weiterhin verantwortungsbewusst erfüllen wollen, ohne das die Landkreise, Städte



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

und Gemeinden durch die ständig steigende Bezirksumlage in zunehmender Weise belastet werden müssen und die Verschuldung der kommunalen Ebene steigt, dürfen etwaige Steuersenkungen durch den Bund keinesfalls zu Lasten der Kommunen gehen und sind vom Staat auszugleichen. Es braucht einen dauerhaften Ausgleich auf der bayerischen Ebene. Er verweist weiter auf das Finanzchaos und das Fiasko der Bayer. Landesbank und die Folgen eines politisch motivierten Größenwahnsinnigen Kaufs der Hypo Alpe Adria.

Kreisrat Schmidt stellt fest, die Senkung der Kreisumlage auf 49,9 % ist aufgrund der Besprechungen mit den Fraktionsvorsitzenden erreicht worden. Der Haushalt wird einerseits dem Bedarf gerecht, wenn auch viele Abstriche gemacht werden müssen (z.B. Landratsamtsgebäude). Auf Dauer können diese Maßnahmen nicht verschoben werden. Es müssen Prioritäten gesetzt werden. Auf der anderen Seite können mit den Ausgaben des Haushalts der Bereich Bildung, soziale Sicherung, Bauunterhalt, Straßenunterhalt, freiwillige Leistungen gewährleistet werden. Die Ausgaben kommen auch den Landkreisbürgern unmittelbar zugute. Das sei nicht einfach zu erreichen gewesen. Es hilft dabei wenig, wenn der Kollege Mehringer im Erdinger Stadtrat meint, dass sich die Vertreter der Stadt Erding im Kreistag zu wenig um die Interessen Erdings gekümmert haben. Das Gegenteil sei richtig. Es kann nicht gleichzeitig eine Neuverschuldung des Landkreises gefordert werden, um die Rücklagen der Stadt Erding zu erhalten. Er denkt, dass sich die Vertreter der Stadt Erding im Kreistag verantwortungsbewusst und zum Wohl der Stadt Erding und des Landkreises verhalten haben.

Zu den freiwilligen Leistungen meint er, es wäre wünschenswert, die unterschiedlichen freiwilligen Leistungen in einer Liste zusammenzustellen und auch zu präsentieren, was im Landkreis für die Bürger getan wird. Es seien einige Bereiche dabei, über die diskutiert werden sollte, z.B. Öffentlichkeitsarbeit, Tourismusförderung, Wirtschaftsförderung, Regionalmanagement, Airfolgsregion, etc. Er erinnert, der Vorsitzende hat versprochen, einen Bericht zur Airfolgsregion im Kreistag zu geben. Auch die Kreismusikschule sei eine freiwillige Leistung wie auch die Sportlerehrung, Altennachmittage, Landratsverfügungsmittel (die wieder gestiegen sind), der ÖPNV, die Wohnungsbaugesellschaft, der Obst- und Gartenbauverein St. Wolfgang und der Kulturpreis. Ein Umweltpreis sollte ein eigenständiger Preis sein, weil es ausgezeichnete Preisträger gibt und bei der Kulturpreisverleihung eine Verleihung eines Umweltpreises untergegangen sei. Die Wohnungsbaugesellschaft sei ebenso eine freiwillige Leistung. Diese Aufzählung sei nicht vollständig. Doch kommen sicherlich einige hunderttausend Euro zusammen, die als freiwillige Leistungen gewährt werden.

Er fragt, warum über 7.000 € freiwillige Leistung für Familienprävention und Suchtprävention gestritten wird. Die Fraktion der SPD sieht den gefassten Beschluss kritisch, dass nur die Hälfte der beantragten Mittel gezahlt wird. Er beantragt eine Einzelabstimmung. Er bleibt bei seiner Haltung im Kreisausschuss, weil der Vorsitzende zugestanden hat, Leistungen einzukaufen. Die Fraktionsvorsitzenden haben bei den Besprechungen einen Bericht von Dr. Hierl mit alarmierenden Zahlen gehört. Er weist darauf hin, dass es ein Gesetz gibt, dass ein alkoholische Getränk günstiger sein muss. Aber wer prüft das.



LANDKREIS
E R D I N G

Büro des Landrats
BL

Er möchte positiv erwähnen, dass bei der Schülerbeförderung bei der neuen Vertaktung ein Weg gefunden und die Vertaktung von G 8 und offene Ganztagschule aufgenommen worden sei.

Zum Bereich Hartz IV stellt er fest, dass für eine Änderung in dem Bereich kein HH-Ansatz vorgesehen sei. Er fragt, ob mögliche finanzielle Konsequenzen berücksichtigt werden müssen.

Er erklärt weiter, die Nordumfahrung sei haushaltsmäßig nicht erwähnt. Dankenswerterweise hat die FMG schon einen Zuschuss geleistet. Auf der einen Seite finanziert die FMG Maßnahmen und gleichzeitig reduziert sie für das Bodendienstpersonal die Löhne, das sei nicht hinnehmbar. Mögliche Auswirkungen habe wieder der Landkreis zu spüren. Es sollte deutlich gemacht werden, dass die FMG auch Verpflichtungen habe.

Kreisrat Schmidt merkt weiter an, es gibt auch verschiedene Meinungen über die Vorbesprechungen zum Haushalt. Er denkt, die Vorbesprechungen haben in manchen Bereichen Sinn. Sie dürfen aber die Beratungen in den Ausschüssen nicht ersetzen. Im Kreistag müsse darüber öffentlich diskutiert werden.

Ein Punkt, der still und leise im Haushalt verschwunden ist, ist der Ansatz für „Orte der Vielfalt“, der sich im Haushalt nicht wiederfindet. Es sollten Aktionen mit dem Kreisjugendring, etc. gemacht werden.

Kreisrat Schmidt hofft, dass der Landkreis mit dem Haushalt gut über die Runden kommen wird. Die SPD-Fraktion wird mit einer angesprochenen Ausnahme dem Haushalt zustimmen. Er zeigt sich erfreut, dass die Kreisumlage nur knapp über 49 % festgesetzt werden kann. Er bedankt sich bei der Kämmerei für die Vorarbeit, bei den Landräten und Kollegen für die Zusammenarbeit und bei Kreisrat Wiesmaier, der intensiv die Interessen der Kommunen vertreten hat.

Im Namen der SPD-Fraktion wünscht er eine ruhige und erholsame Weihnachtszeit, die Erfüllung der beruflichen, privaten und persönlichen Ziele und allen Prognosen zum Trotz, ein gutes Jahr 2010 auch für die Bürger des Landkreises.

Der Vorsitzende antwortet zur Airfolgsregion, es sei bisher noch kein Bericht erfolgt, weil der neue Geschäftsführer den Bericht geben sollte. Der Bericht wird im nächsten Jahr auch unabhängig des neuen Geschäftsführers gegeben werden.

Die Verfügungsmittel des Landrats seien im Haushalt so wie im Vorjahr eingeplant, es hat keine Erhöhung gegeben. Das rechnerische Ergebnis sei 2008 deutlich niedriger gewesen.

Zum Kulturpreis hat Kreisrat Schmidt den Umweltpreis angemerkt. Der Vorsitzende macht deutlich, dass 2009 bei weit über 20 Vorschlägen zur Verleihung des Kulturpreises nur ein Vorschlag für einen Umweltpreis gemacht worden sei.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Zur Ehe- und Familienberatungsstelle merkt er an, es sei die Hälfte des beantragten Zuschusses eingeplant.

Bei Prop e.V. habe Kreisrat Schmidt zu Recht angesprochen, dass es eine Finanzierung durch den Bezirk gibt. Weil Kreisrat Schmidt ergänzt hat, wie wichtig die Betreuung von Jugendlichen ist, die das erste Mal in einer besonderen Form mit Alkohol Kontakt hatten, sei von Seiten des Jugendamtes ein neues Projekt „Hart“ (Hart am Limit) initiiert worden. Mit dem

Projekt soll schnell reagiert werden, wenn ein Jugendlicher sich im Krankenhaus zur Ausnüchterung befindet. Mit einem Rufbereitschaftsdienst soll eine Beratung und Unterstützung gewährleistet werden. Wenn dabei das Jugendamt mit beteiligt ist, sei das noch wichtiger. Es bringt wenig, wenn es viele Projekte gibt, die verspätet eine Beratung durchführen.

Zu ARUSO erklärt er, im Haushalt sei kein zusätzlicher Ansatz gebildet worden, weil es die gesetzliche Grundlage noch bis 31.12.2010 gibt. Die Änderung im Vollzug wird erst zum 01.01.2011 auf den Landkreis zukommen. Nachdem nicht bekannt ist, was der Landkreis zu erwarten hat, sei vermieden worden, Spekulationen zu eröffnen. Er geht davon aus, dass es künftig einen getrennten Aufgabenvollzug geben wird, weil es im Deutschen Bundestag leider derzeit keine Möglichkeit gibt, eine zwei Drittelmehrheit zu erreichen, die für eine Grundgesetzänderung notwendig wäre.

Zur Aussage zur FMG merkt er an und zeigt sich erfreut darüber, dass mit dem Umlandfond endlich erreicht werden konnte, dass die FMG sich für Infrastrukturmaßnahmen zur Erschließung des Flughafens verantwortlich zeigt. Zusammen mit dem Nachbarschaftsbeirat war die Forderung erfolgreich. Es seien intensiv Diskussionen geführt worden, ob es den Nachbarschaftsbeirat künftig weiter geben soll und ob sich die Städte, Märkte und Gemeinden daran beteiligen. Die Überlegung war eine Beteiligung mit den entsprechenden Vorgaben. Nicht alles habe erreicht werden können, aber vieles, darunter auch der Umlandfond. Dass der Betrag auf 100 Mio Euro festgesetzt worden ist sei eine klare und deutliche Positionierung der FMG, unabhängig von anderen Dingen, die am Flughafen passieren. Er findet es richtig, dass die Rechnungen für die Planungsleistungen der Nordumfahrung an die FMG weitergegeben worden sind. Der Beschluss gilt, dass der Landkreis für die Nordumfahrung die Planungs- und Bauträgerschaft unter der Bedingung übernimmt, dass für den Landkreis keine Kosten entstehen dürfen.

Der Vorsitzende ergänzt, dass in den Vorberatungen über vieles gesprochen worden sei und die Beratungen nicht die Ausschusssitzungen ersetzen können. Jeder, der an den Vorberatungen teilgenommen hat, ist nicht gehindert worden, entsprechende Fragen auch in den Ausschüssen zu stellen. Er hat kein Problem damit, die Vorbesprechungen zu reduzieren oder abzuschaffen. Es sei eigentlich nur ein Angebot an die Fraktionsvorsitzenden gewesen. Er hofft, damit die Fragen beantwortet zu haben.



Kreisrätin Stieglmeier merkt an, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird der Senkung der Kreisumlage und somit dem Haushalt 2010 zustimmen. Im anderen Fall hätte sie eine Senkung aufgrund der erhöhten Schlüsselzuweisungen beantragt.

Sie merkt an, im vergangenen Jahr fanden nur zwei Kreistagssitzungen statt. In der Geschäftsordnung sei jedoch klar geregelt, dass „mindestens drei Kreistagssitzungen“ stattfinden müssen. Gleichzeitig finden gerade zu den Haushaltsberatungen einige Besprechungen mit den Fraktionsvorsitzenden statt, die nichtöffentlich sind. Im Gegensatz zur Aussage des Vorsitzenden sei in den Ausschusssitzungen dann mehrmals gesagt worden, dass darüber nicht diskutiert werden müsste, weil das Thema schon vorbesprochen worden sei. Diese Tendenz betrachtet sie als kritisch. Die Mehrheit der gewählten Kreisräte sei nicht mehr in die öffentliche Diskussion eingebunden, sondern dürfe nur das in den Ausschüssen Beschlossene abnicken. Das von den Bürgern gewählte Gremium ist der Kreistag. Das kann auch mit dem Hinweis auf die Kosten einer Kreistagssitzung nicht relativiert werden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt den **Antrag:**

Im Kalenderjahr müssen, wie in der Geschäftsordnung formuliert, mindestens 3 Kreistagssitzungen stattfinden.

Zum Thema freiwillige Leistungen merkt Kreisrätin Stieglmeier an, es seien viele Zuschussanträge bewilligt worden. Im dem Bereich besteht für den Kreistag die Möglichkeit, frei zu entscheiden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist der Meinung, dass die Diskussion auch breit geführt werden sollte und alle Mitglieder des Kreistages ausreichend informiert werden sollen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt daher den **Antrag:**

Organisationen, die freiwillige Leistungen des Landkreises Erding erhalten, stellen sich in einer Kreistagssitzung vor, geben einen Rechenschaftsbericht und begründen den Antrag auf Freiwillige Leistungen.

Dass Informationen nicht immer optimal laufen, zeigt das Beispiel Prop e.V. Bereits vor zwei Jahren sei der Zuschuss um die Hälfte gestrichen worden, in diesem Jahr sollte der komplette Zuschuss gestrichen werden, mit der Begründung, dass Prop e.V. vom Bezirk finanziert wird. Bei Nachfragen bei Prop e.V. sei ihr gesagt worden, dass der Bezirk für unter 18jährige nicht zuständig sei und Prop e.V. im Bereich der Prävention im Landkreis Erding viel leistet.

Sie habe in der Kreis Ausschusssitzung den Antrag gestellt, den Zuschuss nicht zu kürzen. Am nächsten Tag habe sie in der Presse gelesen, dass Prop e.V. den Zuschuss des Landkreises nicht braucht und das Angebot trotzdem aufrecht erhalten kann. Sie fragt, wofür dann die Zuschüsse verwendet wurden, wenn sie gar nicht nötig waren. Das Beispiel zeigt, wie bei einer Vorstellung im Kreistag offene Fragen geklärt werden könnten.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Im Weiteren fragt sie den Vorsitzenden, nachdem ihr und Kolleginnen bei Anfragen mitgeteilt worden sei, dass es eine Anweisung des Landrats gibt, Kreisräten keine Informationen zu geben. Sie bittet um Klärung.

Wie bereits in den letzten Jahren immer wieder angesprochen erscheint es schwierig, zu entscheiden, welche Anschaffungen an Schulen nötig sind und wo gestrichen werden kann. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen denkt, dass eine Budgetierung (Reste des Etats können in das nächste Jahr übernommen werden) den Schulen eine bessere Planung ermöglichen würde.

Die Fraktion Bündnis 90 stellt den **Antrag**:

Im ersten Quartal des Jahres 2010 werden mit den Schulleitern Gespräche über Modalitäten eines möglichen Budgets geführt. Die Ergebnisse werden im Kreistag vorgestellt und diskutiert.

Weiter merkt sie an, die Gespräche in Kopenhagen sind zu Ende gegangen, leider sind die Ergebnisse wenig zufrieden stellend. Umso mehr wird der Klimaschutz Aufgabe der regionalen politischen Ebene, da hier Entscheidungen schnell zu fällen und auch einfach umzusetzen seien.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt die Anstrengungen des Landkreises Erding auf dem Gebiet und glaubt, dass mit dem Bau der FOS/BOS in Passivbauweise der richtige Weg beschritten wird. Auch das Angebot des Landkreises an die Kommunen, koordinierende Aufgaben zum Thema Klimaschutz zu übernehmen zeigt, dass der Kreistag Erding bereit sei, Verantwortung zu übernehmen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wünscht sich, dass von allen Fraktionen die Notwendigkeit erkannt wird, dass der Landkreis diesen Weg weiter beschreitet und auch noch weiter ausbaut. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht den dringenden Bedarf der energetischen Sanierungen und den Ausbau der regenerativen Energien. Im ländlichen Bereich solle nicht nur der Ausbau der Biogasanlagen sein.

Der Ausbau der Fotovoltaik sollte nicht den Investoren mit Freiflächenanlagen vorbehalten sein, sondern vorrangig auch auf den Dächern der landkreiseigenen Gebäude und mit finanziellem Gewinn vorangetrieben werden. Im Sinne eines nötigen Energiemixes sollen auch die Kapazitäten der Windenergie berücksichtigt werden.

Auch bei Fragen zu weiteren Straßenneubauten oder im ÖPNV werden klimaschutzrelevante Aspekte verstärkt berücksichtigt werden müssen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hofft, dass der Erdinger Kreistag auch hier gemeinsame Beschlüsse fasst.

Abschließend wünscht sie allen schöne Weihnachten und ein gutes neues Jahr.

Der Vorsitzende merkt zur Anzahl der Kreistagssitzungen an, in § 10 Abs. 1 der Geschäftsordnung heißt es: „Die Sitzungen des Kreistages und seiner Ausschüsse finden nach Bedarf statt. Es müssen mindestens drei



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreistagssitzungen im Jahr durchgeführt werden.“ Er betont, wenn keine Tagesordnungspunkte vorliegen, sei es problematisch, das Gremium einzuberufen. Es sollte den anderen Punkten in der Geschäftsordnung Rechnung getragen werden und die Zuständigkeiten belassen werden, wie sie festgelegt worden sind.

Zum Antrag: *„Organisationen, die freiwillige Leistungen des Landkreises Erding erhalten, stellen sich in einer Kreistagssitzung vor, geben einen Rechenschaftsbericht und begründen den Antrag auf Freiwillige Leistungen“* erklärt der Vorsitzende, er habe damit kein Problem, wenn es die Mehrheit des Kreistages für richtig empfindet. Er weiß aber nicht, ob ein Bericht in einer Kreistagssitzung so einfach abzuhandeln sei. Zu den Anträgen der freiwilligen Leistungen seien an alle Kreisräte auch die Rechenschaftsberichte mit versandt worden. Er denkt, es könnte ein Bericht im zuständigen Ausschuss (Kreisausschuss bzw. Jugendhilfeausschuss) gegeben werden.

Zu den Auskünften erklärt er, es gibt die klare Anweisung, dass im Amt keine Auskunft an einen Kreisrat geben darf, speziell, wenn es um den staatlichen Bereich geht. Kreisräte haben hier kein Auskunftsrecht. Bei Themen, die den Landkreis betreffen, hat jeder Kreisrat das Recht, anzufragen und Informationen zu bekommen. Die Anfragen seien aber an die Amtsleitung zu richten. Es kann nicht sein, dass Sachbearbeiter oder Mitarbeiter individuell Auskünfte geben. Dafür bittet er um Verständnis. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Jeder Mitarbeiter der anders verfährt, hat mit Konsequenzen zu rechnen.

Zur Budgetierung von Schulen merkt er an, in den Haushaltsgruppen 5 und 6 sei die Budgetierung bereits eingeführt worden. Er wehrt sich nicht gegen eine Budgetierung auch in dem Bereich. Es sei aber schwierig. Er habe mit den Schulleitern mehrere Stunden lang Gespräche geführt. Wenn der Bereich budgetiert wird, ohne zu wissen, wie hoch der Investitionsbedarf, z.B. beim Brandschutz einer Schule sei, dann sei es nicht möglich, den Brandschutz schnell und sicher abwickeln zu können. Es müssen auch die baulichen Einrichtungen berücksichtigt werden. Wie soll z.B. eine Budgetierung bei Erweiterungsmaßnahmen geleistet werden. Eine Budgetierung sei sinnvoll, jedoch macht es für ein Gebäude wenig Sinn, wenn Unterhalt und Ertüchtigung des Gebäudes verallgemeinert und festgeschrieben würde.

Kreisrätin Stieglmeier erinnert an die Forderung nach der elektrischen Studententafel. Sie denkt, ein Kreisrat kann nicht beurteilen, ob eine Anschaffung sinnvoll sei. Sie fragt, warum eine Anschaffung nicht den Schulen überlassen wird. Ausstattungsdinge sollten budgetiert werden. Es sollte mit den Schulleitern diskutiert werden, was sie von einer Ausstattungsbudgetierung halten. Vielleicht sagen die Schulleiter auch, das wollen sie nicht.

Der Vorsitzende sichert zu, mit den Schulleitern darüber zu sprechen und die Antwort mitzuteilen. Damit erklärt sich **Kreisrätin Stieglmeier** einverstanden.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Els geht davon aus, dass die Abgeordneten des Bayer. Landtags und des Bundestags die Fragen in ihre Parlamente mitnehmen. Er hofft, dass möglicherweise der Würgegriff gelockert werden kann.

In diesem Jahr habe festgestellt werden müssen, dass manche Planungen und Umsetzungen schwieriger geworden sind. Es wird in den kommenden Jahren so manches Wünschenswerte nicht mehr realisierbar sein. Diese Erkenntnis spiegelt sich auch im Haushalt wieder. Der Haushalt sei ein Haushalt der Kompromisse im Bereich der freiwilligen Leistungen, im Bauunterhalt und im Bereich der Kreisumlage.

49,1 % Punkte Kreisumlage sind im Sinne der Gemeinden. Er denkt, die Kreisumlage hätte vielleicht noch mehr gesenkt werden können. Wenn er die Nettoverschuldung betrachtet, wäre eine Bewegung nach unten möglich gewesen. Es gibt ein Jahr 2011 mit einem Haushalt 2011. Möglicherweise ist deshalb eine Zurückhaltung bei der Neuverschuldung sinnvoll. In der Summe ist der Haushalt ein Kompromiss, er ist für die Kommunen erträglich und auch fair. Es wird in den kommenden Jahren noch schwieriger werden. Die FW-Fraktion wird dem Haushalt zustimmen.

Kreisrat Els denkt, die Beibehaltung der Gespräche mit den Fraktionsvorsitzenden macht Sinn, weil viele Dinge im Vorfeld diskutiert und ausgesprochen werden können. In diesem Sinne wünscht er allen frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr.

Kreisrat Utz verweist auf die Aussage von Kreisrat Schmidt. Alle seien von der Konjunkturentwicklung abhängig. Die CSU und die FDP haben in diesem Bundestagswahlkampf angekündigt, dass sie die Steuern senken wollen. Es sei eigenartig, dass es eine Schelte gibt, wenn ein Wahlversprechen eingelöst wird. Die Frage der Gewerbesteuer sei eine Frage der Praktikabilität. Jeder weiß, dass die Gewerbesteuer eine unsichere Steuereinnahme ist, weil sie nicht berechenbar sei. Bei Konjunkturschwankungen oder, wenn z. B. ein großer Betrieb Schwierigkeiten hat, fallen Einnahmen weg oder es müssen sogar Vorauszahlungen zurückgezahlt werden. Er stellt sich vor, dass anstatt der Gewerbesteuer ein höherer Anteil der Einkommens- und Körperschaftssteuer mit einem eigenen Hebesatz an die Kommunen gezahlt werde.

Weiter merkt er an, es ist in den Vorbesprechungen so gewesen, dass man nicht besonders zufrieden sein kann, weil einfach die Mittel fehlen. Trotzdem glaubt er, dass bei ansteigender Konjunktur auch wieder bessere Zeiten kommen werden. Mit einer Kreisumlage von 49,1 % können die Gemeinden leben. Die FDP wird dem Haushalt zustimmen. Er bedankt sich bei allen Verantwortlichen für die Zusammenarbeit und wünscht schöne Feiertage und ein gutes neues Jahr.

Kreisrat Treffler merkt an, die ödp-Fraktion wird dem Haushalt mit einer Kreisumlage von 49,1 % zustimmen. Er stimmt Kreisrätin Stieglmeier in ihren Aussagen zu den Aufgaben zu, die auf den Landkreis und die Kommunen in energetischer Sicht zukommen werden. Er teilt auch die Bewertung zu den Vorberatungen des Haushalts durch die Fraktionsvorsitzenden beim Landrat. Die Situation beim Zuschuss für



LANDKREIS
ERDING

Prob, angesichts der unterschiedlichen Informationen, sei für ihn schwierig zu beurteilen.

Über die deutliche Aussage des Vorsitzenden, dass Kreisräte in Zukunft keine Auskunft erhalten, zeigt er sich sehr überrascht. Er sei der Meinung gewesen, dass dies ein Missverständnis sei.

Es sei der Betrag von 7.000 € für Prop e.V. gestrichen worden und er habe dem auch zugestimmt. Gerade im Bereich der Jugendhilfe gibt es eine deutliche Steigerung im Haushalt. Diese Aufgaben seien wichtig und es freut ihn, dass über die Parteigrenzen hinweg diese Aufgaben und Ausgaben beachtet werden.

Büro des Landrats
BL

Wir leben in einer Gesellschaft und in einer Region, die es der Jugend nicht leicht macht. Dazu trägt auch die so hoch gelobte Boom-Region oder Airfolgsregion etwas bei. In einer Region, wo viele Menschen im Vergleich zu den hohen Lebenshaltungskosten nur wenig verdienen und wo soziale Strukturen wegen des fast explosionsartigen Wachstums auseinanderbrechen, fehlt es Jugendlichen oft am nötigen Halt. Die Ausgaben im Bereich der Jugendhilfe sind hoch und erschreckend.

Besonders schnell verändert sich der Landkreis Erding. Hier wünscht er sich manchmal eine kritischere Sichtweise der Begriffe Wachstum und Erfolg. Er hofft, dass es dem Landkreis gelingt, auch in Zukunft die Aufgaben übernehmen zu können, auch im Hinblick darauf, dass die Zukunft schwieriger werden wird. Die Finanzen des Staates kommen ins Wanken, die Rechnungshöfe von Bund und Land schlagen Alarm. Er hätte sich während der Wahlkämpfe und auch jetzt während der Beratungen zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz die eine oder andere kritische Stimme bezüglich der Finanzpolitik der politisch Verantwortlichen gewünscht.

Es sei erfreulich, dass zwei Straßen aus dem Budget des Landkreises herausgenommen und ins nächste Jahr verschoben worden sind. Deshalb sei eine niedrigere Kreisumlage möglich geworden.

Er bedankt sich beim Vorsitzenden, bei den Kreistagskollegen und der Verwaltung für die Zusammenarbeit und wünscht frohe Weihnachten und ein glückliches 2010.

Der Vorsitzende merkt zum Auskunftsrecht an, dass Kreistagsmitglieder selbstverständlich allgemeine Auskünfte zum vorliegenden Haushaltsplan in der Kämmerei bekommen. Es geht vielmehr darum, wie ein Auskunftsrecht im Hause generell gehandhabt wird. Ein Kreisrat hat kein besonderes Auskunftsrecht gegenüber den Mitarbeitern im Landratsamt aufgrund der Funktion als Kreisrat, sondern ein allgemeines Auskunftsrecht, wie jeder Bürger. Wenn ein Kreisrat mehr Informationen als ein Bürger haben möchte, muss die Anfrage über das Büro Landrat gestellt werden.

Er stellt weiter fest, dass nicht zwei Straßenmaßnahmen verschoben werden. Es geht vielmehr um zwei Ortsdurchfahrten bei der ED 2. Aufgrund finanzieller Engpässe sei es sinnvoll, die Maßnahme um ein Jahr zu schieben.



Kreisrat Knur merkt an, der Haushalt 2010 sei solide finanziert. Er ist auf der Ausgabenseite vielfach nach Möglichkeiten der Einsparungen abgeklopft worden. Er denkt, dass in den vorbereitenden Besprechungen mit den Fraktionsvorsitzenden und in den Ausschüssen sehr verantwortungsbewusst umgegangen worden sei.

Er dankt dem Vorsitzenden für die Transparenz, die er auch in diesem Jahr wieder hergestellt hat. In den Besprechungen mit den Fraktionsvorsitzenden habe es keine Zuordnung gegeben, wer mehr oder weniger zu sagen habe. Vielmehr sei jede einzelne Stimme zu Wort gekommen und gewichtet worden. Es war keine „Mauschelrunde“, die demokratisch nicht legitimiert sei. Er hat andererseits aber auch Verständnis dafür, dass die Fraktionen teilweise ihre Auffassungen auch öffentlich machen möchten. Er spricht sich aber dagegen aus, dass gleiche Themen zwei- und mehrfach diskutiert werden. Deshalb schlägt er im Namen der CSU-Fraktion dem Landrat vor, das System zu überdenken, ob es wirklich notwendig ist, in der bisher akribischen Form die Haushalte zu besprechen oder nicht wirklich in den Ausschüssen Transparenz hergestellt und länger als in der Vergangenheit über die Details diskutiert werden sollte.

Er merkt zur Aussage von Kreisrat Schmidt an, die allgemeinen Schlüsselzuweisungen mögen in Bayern wirklich prozentual etwas niedriger sein als in anderen Bundesländern. Absolut sind sie jedoch höher und es gibt das System des Finanzausgleichs für konkrete Maßnahmen, die in den Kommunen errichtet werden in anderen Bundesländern nicht in dieser Form. Dies wird übersehen. Es wird lediglich der Prozentsatz für die allgemeinen Finanzausgleichsmaßnahmen verglichen, aber nicht die Leistungen hinzuaddiert, die im besonderen Finanzausgleich erbracht werden. Das Thema Hypo Alpe Adria sei ein Trauerspiel, aber nicht nur für die CSU. Es hat auch eindeutig die SPD im Bayerischen Landtag zugestimmt. Er findet es nicht in Ordnung, dass sich die SPD in dieser Weise „vom Acker macht.“

Bezüglich der freiwilligen Leistungen, die immer wieder zur Diskussion stehen, fragt er, wenn sie abgeschafft oder stark eingeschränkt werden sollen, für was die Kreisräte noch zuständig seien. Wenn nur noch gesetzliche Aufträge erfüllt werden und müssen, dann kann das die Verwaltung auch und es bedarf keines Kreistages und keiner Ausschüsse. Die freiwilligen Leistungen seien der Gestaltungsspielraum, den die Gremien haben.

Zu Prop e.V. merkt er an, ein wesentlicher Gesichtspunkt sei gewesen, dass der Landkreis Erding der einzige Landkreis war, der bisher freiwillige Leistungen erbracht hat, zumindest nach der Aufstellung, die vorgelegt worden ist, obwohl auch andere davon profitiert haben. Seines Wissens sei in den Vorgesprächen gesagt worden, wenn sich andere Landkreise angemessen beteiligen, kann eine Beteiligung auch für den Landkreis Erding erneut beraten werden.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Zu den drei Sitzungen des Kreistages möchte er den Landrat unterstützen. Wenn es tatsächlich der Fall ist, dass eine 3. Sitzung durchgeführt werden müsse, weil es in der Geschäftsordnung so steht, ohne dass es dafür einen sachlichen Grund gibt, sollte überlegt werden, die Bestimmungen in der Geschäftsordnung zu ändern.

Zur Aussage von Kreisrat Utz bezüglich der Gewerbesteuer sagt er, genau diese Aussage hat er erwartet, dass Vorschläge kommen, wo wieder eine Annexsteuer erzeugt wird und die Gemeinden keine Möglichkeit der unmittelbaren Wertschöpfung mehr haben. Es sind den Gemeinden schon zu viele Steuern abhanden gekommen. Er sagt (in Richtung Bundes- und Landespolitiker) „macht was ihr wollt, aber lasst den Gemeinden den unmittelbaren Zugriff auf eine Steuereinnahme und macht die Gemeinden nicht abhängig von den Almosen, die beim Bund und den Ländern übrigbleiben.“

Schade, dass die gestiegene Umlagekraft für den Landkreis Erding nicht ausgereicht hat, um die notwendigen Mehrausgaben zu finanzieren. Es liegt nicht am Landkreis, das macht ein grundsätzliches Problem deutlich. Die Höhe der Bezirksumlage ist nur schwer zu verkraften. Die Sozialausgaben steigen ins unermessliche, drastischer gesagt, ins unfinanzierbare.

Kreisrat Knur berichtet, er hat sein Amt als Bürgermeister 1990 angetreten. Damals habe der Landkreis eine Bezirksumlage von 6,9 Mio € gezahlt. 2010 liegt sie bei 24,8 Mio €. Bei der Sozialhilfe waren es Ausgaben von 2,47 Mio € und 2010 8,64 Mio. €. Bei der Jugendhilfe waren es 1,59 Mio €, 2010 10,54 Mio €. 1990 war die Umlagekraft (Kreisumlage) bei 18,7 Mio € und 2010 bei 57,3 Mio € (das Dreifache). Wenn sich das so fortsetzt, dass Ausgaben um das vierfache steigen und die Einkommen stagnieren, stellt sich die Frage, wer das im Laufe der Zeit finanzieren soll.

Wenn sich der Münchner Oberbürgermeister darüber beklagt, dass Bund und Länder Aufgaben an die Kommunen übertragen und die Rechnungen die Kommunen zu zahlen haben, hat er Recht. Im politischen Handeln müsse überlegt werden, wie lange man sich das leisten kann. Die Kommunen sind verpflichtet, Kinderkrippen, Kindergärten, Sportplätze etc. vorzuhalten und bekommen nicht im gleichen Maße den Ausgleich. Selbst wenn einige Gemeinden und Städte im Landkreis keine Schlüsselzuweisungen bekommen, was der Idealzustand sei, heißt es nicht, dass die Gemeinden keine Sorgen haben. Beim Beispiel der Stadt Erding bedeutet es, dass im kommenden Jahr Mittel vom Vermögens- zum Verwaltungshaushalt zugeführt werden müssen, weil die laufenden Einnahmen die laufenden Ausgaben nicht decken können.

Der Freistaat Bayern drückt sich auch davon, zu den zusätzlichen staatlichen Aufgaben, die er an die Landratsämter überträgt, auch die Personalausstattung folgen zu lassen. Weil aber die Aufgaben erledigt werden müssen, muss der Landkreis Personal einsetzen. Das ist nicht in Ordnung. Entweder werden den Landratsämtern keine staatlichen Aufgaben mehr übertragen oder es muss das notwendige Personal zur Verfügung gestellt werden.



LANDKREIS
E R D I N G

Büro des Landrats
BL

Mögliche Einsparmöglichkeiten für den Landkreis seien sehr intensiv geprüft worden, sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau. Dabei sei immer wieder der Zwiespalt erkannt worden, auf der einen Seite einzusparen. Auf der anderen Seite war die Erkenntnis, dass Dinge nur aufgeschoben werden und möglicherweise in Zeiten, wo es noch schwerer fallen wird, Maßnahmen finanzieren zu können, weil der Landkreis auch verpflichtet ist, das Anlagevermögen in einem würdigen Zustand zu halten.

Weiter merkt Kreisrat Knur an, wer glaubt, dass Maßnahmen im nächsten oder übernächsten Jahr leichter finanziert werden können, der irrt. In den nächsten Jahren werden mit Sicherheit noch mehr Schwierigkeiten kommen.

Er hat versucht darzustellen, dass die Anhebung der Kreisumlage unvermeidlich sei. Er dankt dem Landrat, dass die geplante Kreisumlage von 49,9 % nochmals auf 49,1 % gesenkt werden kann. Er dankt Herrn Helfer mit seinem Team für die Vorarbeit und die Bereitschaft, Auskunft zu geben. Die CSU-Fraktion wird den Haushalt 2010 selbstverständlich mittragen. Er wünscht dem Landrat und seinem Team ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes erfolgreiches neues Jahr 2010.

Kreisrätin Stieglmeier stellt fest, es sei nicht die Rede davon gewesen, die freiwilligen Leistungen abschaffen zu wollen. Wenn Kreisrat Knur sagt, es seien weniger Kreistagssitzungen ausreichend, muss die Geschäftsordnung geändert werden. Sie weist daraufhin, dass es Kreisräte gibt, die nicht in Ausschüssen vertreten sind.

Kreisrat Knur betont, er hat niemanden unterstellt, die freiwilligen Leistungen abschaffen zu wollen, sondern vielmehr festgestellt, dass der Landkreis gerade mit den freiwilligen Leistungen einen Gestaltungsspielraum habe.

Es gibt eine Geschäftsordnung des Kreistages, in der die Aufgaben der Ausschüsse festgelegt seien. Wenn dann für den Kreistag nicht mehr so viele Themen bleiben, muss eine Änderung der Geschäftsordnung überlegt werden, denn nur aus formalen Gründen Geld für eine Kreistagssitzung auszugeben, sei nicht angemessen.

Kreisrätin Dieckmann merkt an, sie sei Mitglied im Jugendhilfeausschuss. Es war im Jugendhilfeausschuss ein großes Thema und der Wunsch nach einer ausführlicheren Diskussion des Haushalts und der freiwilligen Leistungen. Sie findet es gut, dass der Vorsitzende dem zugestimmt habe.

Auf eine Anfrage bei Prop e.V. hat sie erfahren, dass sich andere Landkreise sehr wohl an der Finanzierung beteiligen. Sie hat auch angefragt, ob Prop e.V. die 7.000 € nicht brauche. Prop e.V. braucht den Zuschuss schon und möchte die Leistungen für den Landkreis nicht reduzieren.

Sie stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Einzelabstimmung zur HH-Stelle, in der die Kürzung von 7.000 € für Prop e.V. vorgenommen worden ist. Sie hält Prop e.V. für eine wichtige Institution im Bereich



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Suchtprävention an den Schulen. Zudem gibt es das Projekt „Halt“ für Jugendliche, die ein akutes Alkoholproblem haben. Das Projekt „Fred“ sei ein Programm für erstauauffällige Drogenkonsumenten. Sie plädiert, dem Zuschuss zuzustimmen.

Kreisrat Knur merkt an, nach der Aussage von Kreisrätin Stieglmeier steht im Raum, dass er die Unwahrheit gesagt habe, was die Zuwendung anderer Landkreise bei Prop e.V. betrifft. Er bezieht sich auf den offiziellen Antrag von Prop e.V. an den Landkreis Erding, bei dem als Anlage der Verwendungsnachweis 2008 beigelegt worden ist. Es heißt: Einnahmen – Eigenmittel 39.155 € und auf den Antrag 2010 – Einnahmen Eigenmittel ambulante Reha und Prävention Bezirk Obb, Landeshauptstadt München 0 Euro, Landratsamt Erding 7.000 €. Er hat auch zum Ausdruck gebracht, wenn sich andere Landkreise beteiligen, kann über eine angemessene Beteiligung des Landkreises erneut beraten werden. Die Unterstellung, er hätte die Unwahrheit gesagt, weist er zurück.

Der Vorsitzende merkt an, der Antrag von Prop e.V. sei auch an die Kreisräte versandt worden und auf Seite 75 der freiwilligen Leistungen nachzulesen.

Er merkt zur Aussage von Kreisrätin Dieckmann an, dass als freiwillige Leistung ein Zusatzprogramm im Bereich Gesundheitswesen angeboten wird. Er berichtet, es sei schon sonderbar, wenn technische Hilfsmittel, die am Gesundheitsamt vorgehalten werden und an Prop e.V. ausgeliehen werden, verwendet werden, damit sie auch einen Stand bei verschiedenen Veranstaltungen haben. Es stellt sich die Frage, ob Parallelangebote Sinn machen.

Kreisrat Schmidt merkt an, das Projekt „Halt“ beschäftigt sich mit Krisenintervention. Prop e.V. bietet Suchtprävention an den Schulen mit der anschließenden Therapie an. Ihn ärgert, dass Prop e.V. einen Antrag stellt, der schwierig nachvollziehbar ist, was den Landkreis betrifft. Vielleicht kann das Jugendamt eine Hilfestellung geben. Er denkt, in der Diskussion sei ein Weg gefunden worden.

Der Vorsitzende ergänzt und betont, der Landkreis sei nicht nur in der Prävention mit am Gesundheitsamt beteiligt. Das Gesundheitsamt kümmert sich auch um Fälle, die beispielsweise bei Prop e.V. nicht mehr in Frage kommen, weil sie sich nicht mehr an bestimmte Regeln halten. Das Gesundheitsamt sei sogar zuständig, dass Personen an entsprechende Einrichtungen verwiesen und untergebracht werden. Er hat zugesichert, für Maßnahmen, die das Gesundheitsamt nicht bewerkstelligen kann, bei Prop e.V. eine Leistung einzukaufen. Er denkt, es sei ein guter Weg, um eine klare und deutliche Schnittstelle der Zuständigkeiten zu finden.

Daraufhin bringt der Vorsitzende den Antrag von Kreisrätin Dieckmann: „Für Prop e.V. sollen 7.000 € als freiwillige Leistung im Haushalt eingeplant werden“ zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 53 : 5 Stimmen.**

Der Vorsitzende fragt, ob Kreisrätin Stieglmeier konkret Anträge vorweg zur Abstimmung des Haushaltes vorbringt.



LANDKREIS
ERDING

Kreisrätin Stieglmeier verweist auf ihre bereits formulierten Anträge:

„Organisationen, die freiwillige Leistungen des Landkreises Erding erhalten, stellen sich in einer Kreistagssitzung vor, geben einen Rechenschaftsbericht und begründen den Antrag auf Freiwillige Leistungen.“

und

Im Kalenderjahr müssen, wie in der Geschäftsordnung formuliert, mindestens 3 Kreistagssitzungen stattfinden.

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Els fragt, ob die von Kreisrätin Stieglmeier gestellten Anträge für die Entscheidung zum Haushalt notwendig seien.

Der Vorsitzende sagt, der erste Antrag sei nicht haushaltsrelevant. Es sei eine Entscheidung notwendig, ob eine Vorstellung von Organisationen im Kreistag sein sollte. Der Antrag müsste als Geschäftsordnungsänderungsantrag im Kreisausschuss in eine der nächsten Sitzungen vorberaten und im Kreistag endgültig beschlossen werden. Auch der zweite Antrag muss im Kreisausschuss vorberaten und im Kreistag beschlossen werden.

Auf die Frage **des Vorsitzenden**, ob Kreisrätin Stieglmeier mit der Vorgehensweise einverstanden ist, erklärt sie ihr Einverständnis.

Daraufhin formuliert der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag:

KT/0044-14

1. Das Investitionsprogramm wird unter Berücksichtigung der vorgenommenen Änderungen festgestellt.
2. Der Finanzplan 2009 – 2013 wird unter Berücksichtigung der vorgenommenen Änderungen genehmigt.
3. Der Stellenplan 2010 wird genehmigt.
4. Die Kreisumlage 2010 wird mit einem Umlagesatz von **49,1 %** festgesetzt.
5. Der Haushaltsplan 2010 wird genehmigt und die Haushaltssatzung 2010 erlassen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 58 : 0 Stimmen.**

Der Vorsitzende bedankt sich, dass einstimmig dem Vorschlag zum Haushalt 2010 zugestimmt worden sei.

5. Sozialwesen **Hilfeplan für Menschen mit Behinderung - 3. Fortschreibung 2009** **Vorlage: 2009/0500**

Der Vorsitzende verweist auf die versandte Vorlage und fragt, ob es dazu noch Fragen gibt.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Dr. Kubo fragt zu Seite 7, § 3, „Seelisch wesentlich behinderte Menschen“, ob Suchtkrankheiten insgesamt mit aufgenommen sind oder differenziert wird, denn Seite 8 steht: „Menschen, die körperlich, geistig oder seelisch behindert sind....ein Recht auf Hilfe haben.“ Er fragt, ob auf den Landkreis Kosten zukommen werden.

Weiter möchte er zu Seite 25 (oben) wissen, um welchen Rahmenvertrag es sich handelt und wann mit einer Änderung gerechnet wird.

Zu Seite 65, Punkt 14.4 „Offene Behindertenarbeit im Landkreis“ fragt er, ob es das Angebot nur im südlichen Landkreis (Markt Schwaben) gibt.

Zu Seite 7 merkt **Frau Preuße** an, dieser Personenkreis ist im Behindertenplan mit aufgenommen. Diesbezüglich kommen auf den Landkreis keine Kosten zu.

Zu Seite 25 sagt Frau Preuße, die im Rahmenvertrag mit den Krankenkassen angedachte Beteiligung pro Fall beschränkt sich auf eine einmalige pauschale Vergütung von 156 € im Jahr. Der Landkreis hat den Hauptteil der Kosten zu tragen. Die Krankenkassen weigern sich, höhere Kosten zu übernehmen.

Zu Seite 65 merkt **der Vorsitzende** an, die ambulante Eingliederungshilfe ist von den Landkreisen zum 01.01.2009 auf den Bezirk übertragen worden.

Kreisrat Schmidt weist darauf hin, der Hilfeplan für Menschen mit Behinderung sei schon im Mai im Kreisausschuss diskutiert worden. In der Zwischenzeit hat keine Kreistagssitzung stattgefunden. Er denkt, es gäbe schon Themen, die im Kreistag behandelt werden könnten. Seine vorgebrachten Anregungen im Kreisausschuss seien beantwortet und im Hilfeplan aufgenommen worden. Das Amtsgericht Erding hat z.B. inzwischen einen Zugang für Behinderte.

Er merkt an, der Vorsitzende hat zugesagt, in einer Bürgermeister-Dienstbesprechung darauf hinzuweisen, dass auch die Schulen angehalten werden, den Fragebogen, der vom Sachgebiets 21 zur Aktualisierung des Behindertenhilfeplanes auch an die Schulen verschickt wird, auszufüllen und zurückzusenden.

Ein ständiges Ärgernis sei der Fahrplanaushang beim MVV. Die Fahrpläne seien für Menschen mit Behinderung überhaupt nicht lesbar. Er bittet, nochmals darauf hinzuweisen.

Frau Preuße antwortet, sie hat den MVV bereits darauf hingewiesen und als Antwort bekommen, der MVV sei seit 2000 bemüht, die Fahrpläne Zug um Zug zu ändern. Es sei auch geplant, die Fahrpläne mehr nach unten zu setzen, damit sie auch von Rollstuhlfahrern gelesen werden können. Im Rahmen der Möglichkeiten werde auch die Schriftgröße geändert. Im Landkreis sei damit schon begonnen worden. Sie hofft, dass im nächsten Jahr alle Fahrpläne umgestellt werden.



Der Vorsitzende stellt fest, die Situation sei immer noch nicht zufriedenstellend.

Kreisrat Kuhn verweist auf Seite 46 "Bewohner in den Einrichtungen". Ihm sei aufgefallen, dass im Wohn- und Pflegeheim Algasing 2009 nur 15 Bewohner aus dem Landkreis Erding untergebracht waren. Er möchte wissen, warum nur noch so wenige Bewohner aus dem Landkreis dort sind.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Frau Preuße antwortet, es können nur die Zahlen im Hilfeplan aufgenommen werden, die von den Einrichtungen mitgeteilt werden.

Der Vorsitzende sagt, Frau Preuße wird nachfragen, wie sich die Zahlen ergeben.

Kreisrat Kuhn stellt auf Seite 74 „Merkzeichen im Schwerbehindertenausweis“ fest, dass die 10 bis unter 20 Jahre alten Personen mehr Schwerbehindertenausweise haben. Er fragt, ob es damit zusammen hängt, dass ältere Leute keine Ausweise mehr betragen.

Frau Preuße antwortet, sie kann nur berichten, dass mehr Kinder schon ab Geburt gehbehindert sind und ältere Behinderte, die das Haus nicht mehr verlassen können, oft auf die Ausweise verzichten.

Kreisrat Mittermeier wünscht auf Seite 31 „Förderschulen im Landkreis“ das Förderzentrum in Dorfen auch in der Übersicht mit Adresse aufzunehmen.

Der Vorsitzende sichert eine Berichtigung zu.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, bringt er folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KT/0045-14

1. Der Hilfeplan für Menschen mit Behinderung, 3. Fortschreibung 2009, wird entsprechend dem in der Anlage beigefügten Entwurf zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Bedarfsbewertung wird entsprechend der Planung festgestellt.
2. Der Hilfeplan ist alle zwei Jahre zu aktualisieren und den Gremien zur Beratung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 56 : 0 Stimmen.**

6. Sozialwesen
**Anpassung der Richtlinien für die Förderung ambulanter
Pflegedienste im Landkreis Erding an die neuen
Gesetzesbezeichnungen**
Vorlage: 2009/0569

Der Vorsitzende verweist auf die versandte Vorlage. Nachdem sich keine Wortmeldungen dazu ergeben, bringt er folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:



LANDKREIS
ERDING

KT/0046-14

1. Die Richtlinien für die Förderung ambulanter Pflegedienste im Landkreis Erding werden entsprechend des in der Anlage beigefügten Entwurfs an die neuen Gesetzesbezeichnungen angepasst.
2. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens wird der 01.01.2009 festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 56 : 0 Stimmen.**

Büro des Landrats
BL

7. Bekanntgaben und Anfragen

7.1 Ehrenamtliche Richter

Der Vorsitzende gibt bekannt, die Ernennung von Herrn Kober als ehrenamtlicher Richter in der Sozialgerichtsbarkeit sei verlängert worden.

In der Zwischenzeit können aufgrund der Vorgaben Personen (wie Herr Kober), die bei der Stadt München beschäftigt und im Sozialbereich tätig sind, nicht mehr ernannt werden.

Es habe relativ schnell ein Ersatzbewerber vorgeschlagen werden müssen. Der Vorsitzende berichtet, er hat aufgrund der Dringlichkeit Frau Ottilie Kober, (Mutter des Herrn Kober und ehemalige Pflegedirektorin am Kreiskrankenhaus) vorgeschlagen.

7.2 Integrierte Leitstelle - Besichtigung

Weiter gibt **der Vorsitzende** bekannt, es besteht für die Kreistagsmitglieder die Möglichkeit, am 08. Februar 2010 um 18.00 Uhr die Integrierte Leitstelle zu besichtigen. Die Einladung sei in die Kreistagsmappen verteilt worden.

7.3 Bericht über e.on

Kreisrat Jobst erinnert, in eine der letzten Kreistagssitzungen hat der Vorsitzende einen Bericht über die e.on Beiratssitzungen versprochen. Er fragt, wann der Bericht erfolgen wird.

Der Vorsitzende antwortet, es haben inzwischen zwei Beiratssitzungen stattgefunden. Der Bericht dazu wird im kommenden Jahr gegeben.

7.4 Auskunftserteilung

Kreisrat Kuhn fragt bezüglich Auskünfte an Kreisräte, wie die neue Vorgehensweise sei. Ob er, für den Fall, dass er vom Kämmerer eine Auskunft haben möchte, diese Anfrage über das BL richten muss.

Der Vorsitzende merkt an, wenn es um Themen zum Haushalt geht, gibt es eine Ausnahmeregelung. Der Kämmerer kann in eigener Zuständigkeit Fragen beantworten. Kreisräte sind auf Informationen angewiesen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Er berichtet aber auch, z.B. seien in letzter Zeit vermehrt Anfragen bezüglich Bauvorhaben (staatlicher Bereich) gestellt worden. Ein Kreisrat kann über den Stand eines Bauvorhabens keine Auskünfte erhalten. Es gibt auch immer wieder Anfragen zum Ausbau oder Planungsstand bei Straßenbaumaßnahmen des Landkreises. Das Straßenbauamt sei für den Landkreis tätig. Bei generellen Anfragen, die das übliche Auskunftsbedürfnis übersteigen, sei eine Anfrage, am besten schriftlich, an das BL zu richten. Informationen werden vom Büro Landrat gegeben.

Kreisrat Kuhn berichtet von einer Anfrage bezüglich Unterlagen zur Vorbereitung für ein Thema im Ausschuss für Bauen und Energie. Ihm sei gesagt worden, wenn der Landrat einverstanden ist, können die Unterlagen weiter gegeben werden. Er fragt, was den Vorsitzenden zu der Vorgehensweise bewogen habe. Er fragt, ob der Vorsitzende seinen Mitarbeitern nicht traut.

Der Vorsitzende sagt, die Mitarbeiter haben richtig gehandelt. Die Kreisräte müssen gleich behandelt werden. Wenn Sitzungsunterlagen nicht rechtzeitig mit der Ladung verschickt werden können, werden sie als Tischvorlage verteilt.

Kreisrat Schmidt weist darauf hin, dass jeder Kreisrat die Möglichkeit hat, über das Ratsinformationssystem die Unterlagen abzurufen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. **Der Vorsitzende** beendet den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages um 17.35 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Elfriede Mayer
Verwaltungsangestellte